

OECD: Am Arbeitsmarkt ist Krise noch nicht vorbei

Paris. Die OECD hat in ihrer jüngsten Prognose zwar die Wachstumsvorhersagen angehoben, am Arbeitsmarkt könnte zwar der Tiefpunkt erreicht sein, ein echter Rückgang der Arbeitslosigkeit sei aber noch nicht absehbar.

Die Krise habe innerhalb von zwei Jahren 17 Millionen (oder zwei Prozent) aller Jobs in der OECD gekostet, die Arbeitslosigkeit sei von einem 28-Jahre-Tief von 5,8 Prozent auf 8,7 Prozent gestiegen, bis Ende 2011 werde sie sich nicht unter acht Prozent erholen.

Grund dafür ist vor allem die Kurzarbeit, die den Jobverlust gemildert hat: In Deutschland oder Japan seien sieben Prozent Wachstum nötig, um allein diese

Arbeitszeitverkürzung wieder auszugleichen – erst danach würden auch wieder neue Jobs geschaffen.

Die OECD fürchtet, dass bis dahin die anfangs konjunkturell bedingte Arbeitslosigkeit in eine strukturelle übergehen könnte.

Prekäre Verhältnisse

Ein weiterer Grund für den langsamen Anstieg der Beschäftigung ist auch die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, es würden kaum noch normal bezahlte Vollzeitjobs vergeben.

Die Wunden, die die Krise dem Arbeitsmarkt geschlagen hat, benötigten Zeit und starken politischen Willen, um zu heilen, fassen die OECD-Experten zusammen. (hg)

80 Millionen „Unterbeschäftigte“ in der OECD

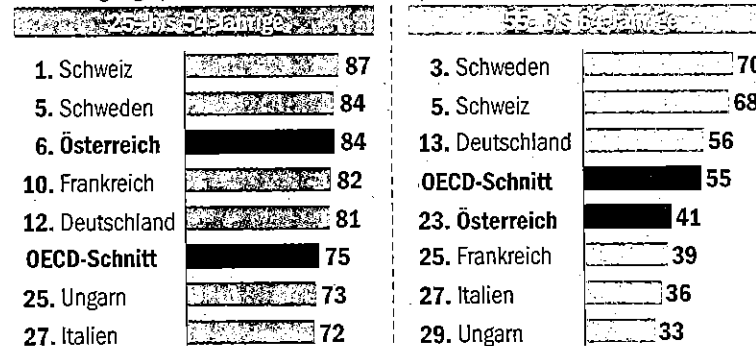
Auf dem Arbeitsmarkt dürfte das Schlimmste überstanden sein, die Arbeitslosigkeit stagniert bei 8,6 Prozent. Der Anteil der versteckten Arbeitslosen dürfte aber deutlich höher sein.

WIEN (b. l.). Zuerst die gute Nachricht: Die Krise hat auf dem Arbeitsmarkt der Industrieländer weniger Spuren hinterlassen, als ursprünglich befürchtet: In den 30 Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) betrug die Arbeitslosenquote im Mai durchschnittlich 8,6 Prozent. Das bedeutet zwar eine Stagnation auf hohem Niveau, doch könnte der Höhepunkt erreicht sein, glauben die OECD-Experten in ihrem jüngsten Beschäftigungsausblick. Vor einem halben Jahr fürchteten sie einen Anstieg auf zehn Prozent.

Gegenwärtig sind OECD-weit 47 Millionen Menschen ohne Arbeit. Die befürchteten 57 Millionen dürften es nicht so schnell werden. Ursache für den glimpflichen Verlauf ist jedoch in vielen Ländern die Verkürzung der Arbeitszeit (etwa durch Kurzarbeit oder andere Teilzeitregelungen). Addiert man jene Personen zu den Arbeitslosen, die „unterbeschäftigt“ sind, also unfreiwillig in Teilzeit oder wegen Aussichtslosigkeit gar nicht mehr auf Jobsuche gehen, liegt die Zahl der Arbeitssuchenden bei 80 Millionen.

BESCHÄFTIGUNG NACH ALTERSGRUPPEN

Beschäftigungsquoten 2009 in Prozent



Quelle: APA, OECD

Die Presse/FE

In jenen Ländern, die stark auf Kurzarbeit gesetzt haben, bestehe die Gefahr, dass der Aufschwung sehr langsam erfolge. Noch im Jahr 2011 werde die Arbeitslosigkeit in den Industrieländern über acht Prozent liegen. Vor zwei Jahren betrug der Anteil 5,7 Prozent.

Gute Zahlen für Österreich . . .

Auch Österreich hat stark auf Kurzarbeit gesetzt – auf dem Höhepunkt der Krise vor einem Jahr waren

etwa 60.000 Menschen zur Kurzarbeit angemeldet. Zuletzt waren es aber nur noch 8000. Die Arbeitslosigkeit war im Juni erstmals seit eineinhalb Jahren rückläufig: Das Auslaufen der Kurzarbeitsmodelle blieb also vorerst ohne Folgen.

Österreich war auch einer der wenigen OECD-Staaten, in dem die Arbeitslosigkeit im Jahresvergleich rückläufig war, und zwar von 4,9 auf 4,0 Prozent. Einen Grund sehen die OECD-Experten

darin, dass sich das Wachstum in den Schwellenländern und damit die Exportnachfrage besser entwickelt haben, als ursprünglich angenommen. Das sorgte vor allem in exportstarken Ländern wie Österreich und Deutschland für eine stärkere Nachfrage nach Arbeitskräften. Auch die jüngsten Daten des Arbeitsmarktservice zeigen, dass die Arbeitslosigkeit vor allem in der Produktion und bei den Leiharbeitern sinkt.

. . . doch wenige Ältere mit Job

Trotz guter Arbeitsmarktdaten ortet die OECD auch in Österreich „strukturelle Probleme“. So sei die Erwerbsbeteiligung Älterer sehr gering: Hierzulande stehen 41 Prozent der 55- bis 64-Jährigen im Berufsleben, OECD-weit sind es 55 Prozent (siehe Grafik). Auffällig sei auch der hohe Abstand zwischen der Erwerbsbeteiligung Jüngerer und Älterer: Denn in der Gruppe der 25- bis 55-Jährigen liegt Österreich mit einem Erwerbsanteil von 84 Prozent auf dem sechsten Platz innerhalb der OECD. Nur in Polen, Frankreich und Belgien bricht die Erwerbstätigkeit bei den Älteren ähnlich stark ein.

Höhepunkt der Arbeitslosigkeit könnte bereits erreicht sein, analysiert die Industriestaatenorganisation OECD

Diese Krise traf die Älteren weniger

Arbeitslosigkeit bleibt aber hoch - Erholung zu schwach. 17 Millionen mehr Arbeitslose durch Krise.

Paris/Wien. (hes) Diese Wirtschaftskrise ist anders: Zwar deckt sich für bestimmte Bevölkerungsgruppen das Muster der Arbeitslosigkeit mit früheren Krisenphasen: Junge, schlecht ausgebildete Arbeitnehmer, Zeitarbeiter und Immigranten sind die Ersten, die von den Lohnlisten gestrichen wurden.

In drei Punkten unterscheidet sich die aktuelle Große Rezession jedoch von früheren Krisen, sagt John Martin, Direktor der Industriestaatenorganisation OECD: „Erstens, Männer hat es schlimmer getroffen als Frauen. Zweitens, dieses Mal sind Arbeitnehmer mit mittlerer Qualifikation signifikant von Jobverlusten betroffen. Und drittens: Anders als bei früheren Krisen blieb die Beschäftigung älterer Arbeiter aufrecht - sie nahm sogar teilweise zu.“

Martin sieht darin ein ermutigendes Signal für die Pensionsreformen, die in vielen Ländern geplant werden: Wenn das Pensionsan-



Viele junge Männer mussten den Arbeitsplatz räumen - nicht nur bei Lehman. Foto: reu

trittsalter angehoben werden soll, ist eine Voraussetzung, dass die Menschen länger im Arbeitsleben gehalten werden können.

Ältere Menschen sind zur Arbeit gezwungen

Die Begründung des vermeintlichen Jobwunders dämpft den Optimismus freilich umgehend: Nur

zum Teil sind dafür politisches Geschick und vorausschauende Beschäftigungsmaßnahmen verantwortlich. Ein Grund ist, dass ältere Menschen in den stark von der Krise betroffenen Sektoren wie der Baubranche, der Industrie sowie unter Zeitarbeitern unterrepräsentiert sind.

Noch dramatischer: „In

einigen Ländern, die stark auf finanzmarktfinanzierte Pensionen vertrauen, haben die älteren Arbeiter bis zu einem Drittel ihrer Ansprüche eingebüßt“, erläutert Martin. In Ländern wie den

USA oder Großbritannien sei die einzige Chance für viele, weiter zu arbeiten oder sogar aus der Pension auf den Arbeitsmarkt zurückzukehren.

Arbeitslose: Zenit ist vermutlich erreicht

Die Arbeitslosigkeit könnte inzwischen zwar den Höhepunkt erreicht haben, die Wunden der Krise werden aber noch lange nicht heilen. In den zwei Jahren bis zum ersten Quartal 2010 ist die Arbeitslosenquote um knapp über 50 Prozent auf 8,5 Prozent gestiegen. Das entspricht 17 Millionen mehr Arbeitslosen. Trotz guter Konjunkturaussichten wird sich daran nichts ändern: Ende 2011 werde die Arbeitslosenquote im OECD-Raum immer noch über 8 Prozent liegen, prognostizieren die Experten.

Die 31 Länder der OECD mussten bis Ende 2011 mindestens 15 Millionen neue Stellen schaffen, damit die Arbeitslosigkeit wieder auf Vor-Krisen-Niveau sinken könnte. „Die Schaffung von Arbeitsplätzen muss eine Top-Priorität für die Regierungen haben“, er-

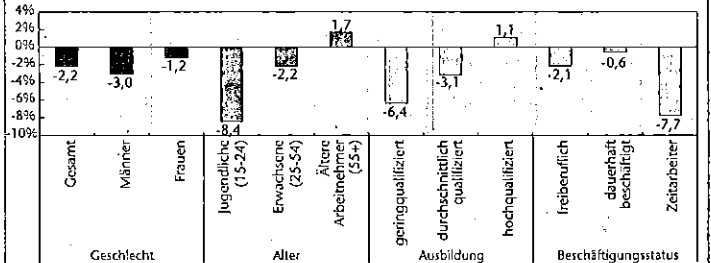
klärte OECD-Generalsekretär Angel Gurría in Paris. Die gleichzeitige Senkung der Staatsdefizite sei eine große Herausforderung.

„Das muss passieren, aber mit dem Skalpell und nicht mit der Axt“, so Gurría. Insgesamt gibt es derzeit im OECD-Raum 47 Millionen registrierte Arbeitslose. Einschließlich der Menschen, die die Suche aufgegeben haben oder von Teilzeit auf Vollzeit umsteigen würden, könnte die Zahl bei 80 Millionen liegen“, meinen die Experten.

Die OECD-Staaten sind höchst unterschiedlich von Arbeitslosigkeit betroffen: Während Österreichs Jobmarkt sich gut behauptete, explodierten die Arbeitslosenquote in einigen Ländern: In Spanien schoss die Zahl der Arbeitslosen von Dezember 2007 bis Mai 2010 von 8,8 auf 19,9 Prozent der Erwerbsbevölkerung. Im von einer schweren Banken- und Immobilienkrise geschüttelten Irland stieg der Wert von 4,8 auf 13,3 Prozent. Und in den USA verdoppelte sich die Arbeitslosigkeit nahezu von 5,0 auf 9,7 Prozent. |J

Frauen und Ältere relativ besser dran

Veränderung im Beschäftigungsstand zwischen Ende 2008 und Ende 2009 - in Prozent



Quelle: OECD

WIENER ZEITUNG

Österreich hinkt bei den Älteren hinterher

Beschäftigung bei 55- bis 64-Jährigen liegt weit unter dem OECD-Schnitt.

Wien. Österreichs Arbeitsmarkt hat die Krise zwar besser überstanden als die meisten anderen Länder, heißt es im OECD-Beschäftigungsausblick. Dafür gelingt es hierzulande besonders schlecht, ältere Menschen in der Arbeit zu halten: Von den 55- bis 64-jährigen Österreichern gingen 2009 nur 41 Prozent einem Job nach. Die Anzahl älterer Arbeitnehmer ist somit in den vergangenen Jahren gestiegen. Sie liegt aber weit unter dem Durchschnitt der

anderen OECD-Länder, wo im Schnitt 55 Prozent der älteren Menschen im Arbeitsprozess stehen. Deutschland liegt mit 56 Prozent im Mittelfeld; besonders hohe Werte weist die Schweiz mit 68 Prozent Erwerbsquote bei den älteren Arbeitnehmern auf.

Frauen oft in Teilzeit

Gut schlägt sich Österreich bei den „Mittleren“: Unter den 25- bis 54-Jährigen beträgt die Erwerbsquote 84 Prozent. OECD-Schnitt sind 75 Prozent.

Bei der Gesamt-Erwerbsquote von Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren liegt Österreich mit 66 Prozent deutlich über dem OECD-

Schnitt von 56 Prozent. Die höchsten Werte erreichen Island (77 Prozent) sowie Norwegen und die Schweiz mit je 74 Prozent. Deutschland liegt mit 65 Prozent ähnlich wie Österreich. Charakteristisch ist der hohe Anteil von Teilzeit: In Österreich beläuft sich dieser an den erwerbstätigen Frauen auf 32 Prozent, im OECD-Schnitt sind es nur 26 Prozent.

Die staatlich unterstützte Kurzarbeit hat zwar geholfen, das Ansteigen der Arbeitslosigkeit einzudämmen. Damit werde Österreichs Arbeitsmarkt aber auch weniger stark vom Aufschwung profitieren, warnt die OECD. |J

Nur 41 Prozent der über 55-Jährigen sind erwerbstätig

In den letzten zwei Jahren sind in den OECD-Ländern 17 Millionen Menschen arbeitslos geworden. Österreich schneidet zwar insgesamt ganz gut ab, schwächelt aber bei der Beschäftigung von älteren Arbeitskräften.

Günther Oswald

Wien – Die Wirtschaftskrise hat es für ältere Arbeitnehmer in Österreich nicht leichter gemacht, einen Job zu finden oder zu behalten. Laut einer aktuellen Untersuchung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) waren 2009 nur 41 Prozent der 55- bis 64-Jährigen erwerbstätig. Nur acht von 30 untersuchten Ländern schneiden bei diesem Wert schlechter ab als Österreich. Die Top-Nationen kommen auf Beschäftigungsquoten von rund 70 Prozent.

In den Jahren vor der Wirtschaftskrise war auch Österreich auf dem Weg der Besserung. Von 1994 bis 2007 konnte die Erwerbsquote von älteren Arbeitnehmern immerhin von 28 auf fast 39 Prozent gesteigert werden, jetzt stagniert die Quote aber.

Ein Teil der Erklärung für diese Zahlen liegt auch im heimischen Pensionsrecht begründet. Bei Frauen liegt das gesetzliche Pensionsalter bei nur 60 Jahren. Folglich sind auch nur etwas mehr als 30 Prozent der 55- bis 64-Jährigen erwerbstätig. Weit vom OECD-Schnitt sind aber auch die Männer entfernt, bei ihnen befindet sich nur knapp die Hälfte der älteren Arbeitnehmer noch im Erwerbsleben. Mit einer Entspannung der Situation ist in Österreich nicht zu rechnen. Das AMS sieht ältere Mitarbeiter derzeit eher als Problemgruppe an. Sie würden zum Teil durch jüngere, flexiblere Arbeitskräfte ersetzt.

Im Vergleich zu anderen Ländern hat Österreich die Jobkrise aber relativ glimpflich überstanden, stellt die OECD fest. In allen untersuchten Ländern zusammen sind in den letzten zwei Jahren 17 Millionen Menschen arbeitslos geworden. Diese Zahl zeigt aber noch gar nicht die wahre Dramatik. Untersucht wurde auch, wie viele Arbeitskräfte „entmutigt“ oder „unterbeschäftigt“ sind. Würde man diese Menschen zu den offiziellen Arbeitslosen dazu-

zählen, würde sich die amtliche Arbeitslosenquote verdoppeln, so die OECD.

Erwartet wird auch, dass es im kommenden Jahr wegen der moderaten Wachstumsraten in vielen Ländern noch keine rasche Besserung geben wird. OECD-Generalsekretär Angel Gurría warnt daher vor einer Verfestigung der Arbeitslosigkeit.

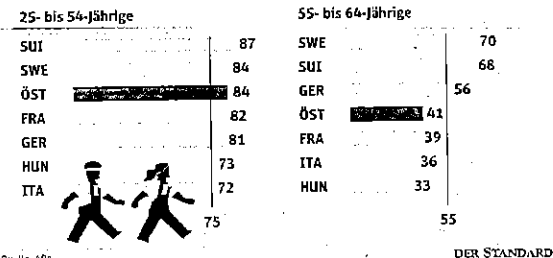
Kurzarbeit verlängern

Kurzarbeitsprogramme haben sich laut OECD bewährt, auch in Österreich. Interessant dabei: In Ländern, die schon vor der Krise solche Programme hatten, wurden sie stärker in Anspruch genommen. Die OECD schlägt daher vor, Kurzarbeitsprogramme auch in

Beschäftigung nach Altersgruppen

Beschäftigungsquoten 2009 in Prozent

— OECD-Schnitt



guten Zeiten beizubehalten, um beim Eintreten von neuen Krisen schnell reagieren zu können.

Plädert wird auch dafür, Hindernisse bei der Teilzeit für Personen zu beseitigen, die diese Art der Beschäftigung wünschen. Gleichzeitig müssten aber steuerliche Fehlanreize beseitigt werden, damit nicht Menschen in Teilzeitjobs bleiben, die eigent-

lich Vollzeit arbeiten wollen, heißt es.

Österreich hat bei den Frauen eine hohe Teilzeitquote. 32 Prozent der weiblichen Arbeitskräfte arbeiten demnach Teilzeit, der OECD-Schnitt liegt nur bei 26 Prozent. Bei den Männern liegt Österreich dafür mit 6,7 Prozent unter dem Durchschnitt von 8,4 Prozent.

Kommentar Seite 32

Nationalrat beschließt Mindestsicherung

Die neue Sozialhilfe in Höhe von 744 Euro soll ab September in Kraft treten.

WIEN (red./APA). Der Nationalrat hat am Mittwochnachmittag der Bund/Länder-Vereinbarung zur Mindestsicherung zugestimmt. Unterstützt wurde die Vorlage von Koalition, Grünen und, vermutlich versehentlich, von den Freiheitlichen. Denn die FPÖ stimmte trotz massiver Kritik den Gesetzesänderungen für den Bund zu, lehnte dann aber die Bund/Länder-Vereinbarung ab. Häme der anderen Parteien war die Folge.

Sofern die Landtage bis dahin entsprechende Beschlüsse vollziehen, kann die Mindestsicherung mit September in Kraft treten. Sie ersetzt künftig die Sozialhilfe der Länder und beträgt 744 Euro monatlich, für Paare 1116 Euro. Kinder im gleichen Haushalt erhalten mindestens 134 Euro, ab dem vierten Kind wird der Satz auf 112 Euro gesenkt.

Transparenzdatenbank auf dem Weg

Ebenfalls angenommen – diesmal von den Regierungsparteien und der FPÖ – wurde ein Entschließungsantrag, der Basis für die Transparenzdatenbank sein soll. Dabei wurde festgelegt, dass Finanz- und Sozialminister bis Anfang September einen Begutachtungsentwurf vorlegen. Die Beschlussfassung im Nationalrat soll noch vor Weihnachten sein, um das Gesetz mit 1. Jänner 2011 in Kraft treten zu lassen. Zudem soll die Regierung mit den Ländern eine 15a-Vereinbarung ausarbeiten, die bis Mitte 2011 fertig sein soll. Weigern sich einzelne Länder, sollen sie über ein Verfassungsgesetz zur Teilnahme gezwungen werden.

CC
Imr

Diese In
erzielte

Oberösterreich novelliert sein Kinderbetreuungsgesetz



Mit dem neuen Kinderbetreuungsgesetz blickt man zuversichtlich in die Zukunft.

Ist man sich sonst nur zu oft uneinig, harmonisieren die vier im Oö. Landtag vertretenen Parteien ÖVP, SPÖ, FPÖ und Grüne nun zumindest wenn es um das neue Kinderbetreuungsgesetz geht. Erste Zielsetzung der Novelle ist es einheitliche Standards für die Bewilligung, den Betrieb und die Aufsicht von Kinderbetreuungseinrichtungen zu schaffen.

Seit Herbst 2009 werden Kindergärten, Krabbelstuben und Horte sowie Tagesmütter/-väter in einem Ressort zusammengeführt. 52.840 Kinder im Alter von 0 bis 10 Jahren werden derzeit in 1.100 Einrichtungen betreut, wobei 543 davon privat geführt werden. Damit steht Oberösterreich gut, sind 35,8 Prozent der neuen Plätze schließlich in diesem Bundesland vorzufinden. Nicht zuletzt durch die Einführung des verpflichtenden letzten Kindergartenjahres sowie der Beitragspflicht ab Vollendung des 30. Lebensmonats wurde die

Kinderbetreuung als elementare Bildungseinrichtung anerkannt. Daher setzt sich das Land für Beitragsfreiheit ein, was den Eltern eine jährliche Ersparnis von 35 Millionen Euro bringen soll, außerdem würden die Lebenschancen der Kinder erhöht.

"Politische Arbeit in Oberösterreich ist qualitativ und konstruktiv"

Durch die aktuelle Novelle soll das Finanzierungsmodell transparenter und einheitlicher gestaltet werden, macht Landesrat Josef Stockinger aufmerksam. "Durch die Gemeinde-übergreifende Gastkindergarten-Regelung kommt es außerdem zu einer Verbesserung für alle Familien, die eine qualifizierte Betreuung ergänzend zur Familie und über das örtliche Angebot hinaus brauchen", so Stockinger.

Was ist neu mit der Novelle?

1. Neues Modell der Gruppenförderung

- Fördersystem wird wesentlich vereinfacht
- einheitliche und transparente Regelung für alle Einrichtungen
- jede Gruppe einer Kinderbetreuungseinrichtung erhält Fixbetrag, es wird von einer Leistung von 30 Wochenstunden ausgegangen, darüber hinaus werden Zuschläge verrechnet

2. Gastbeiträge für Gemeinde-übergreifende Nutzung

- Schaffung klarer Verhältnisse für Gemeinde-übergreifende Betreuungseinrichtungen
- Arbeitsplatz-nahe Nutzung möglich
- optimale Nutzung der vorhandenen Plätze und Ressourcen

3. Abgangsdeckung für private Kinderbetreuungseinrichtungen

- gesetzliche Verpflichtung zur Deckung des Betriebsabgangs

4. Werk- und Veranstaltungsbeiträge ausdrücklich erlaubt

- Kindergartenerhalter dürfen angemessene Material- oder Veranstaltungsbeiträge einheben
- Kindergärten bleiben beitragsfrei

5. Elternbeiträge

- Einhebung eines Kostenbeitrages bei unbegründeter und unentschuldigter nicht in Anspruch genommener Betreuung
- stärkere Verbindlichkeit, bessere Planungsmöglichkeiten bei Öffnungszeiten und Personal
- Anmeldedisziplin



Veröffentlicht: 07. Juli 2010

Autor: Isabel Bairamijamal

Quelle: Redaktion, Land Oberösterreich

Rubriken: [Innovation Oberösterreich](#) [Nachrichten](#) [Soziales Wissen](#)

weitere Information(en) zu diesem Thema:

Titel	Typ	Datum
Landesrecht OÖ: Gesamte Rechtsvorschrift für Oö. Kinderbetreuungsgesetz, Fassung vom 07.07.2010	Link	
Die Details zum neuen Kinderbetreuungsgesetz in Tirol	Artikel	16.06.2010
Neues Kinderbetreuungsgesetz in Tirol steht	Artikel	15.06.2010
Streit um Kinderbetreuungsgesetz beendet	Artikel	23.10.2008
Kärnten: "Kinderbetreuung eignet sich nicht für politischen Streit"	Artikel	11.07.2007
Salzburg: Neue Wege in der Kinderbetreuung	Artikel	31.01.2007

Burgenlands Gemeinden machen Ernst mit dem Hochwasserschutz



Die Gemeinden wollen die Pinka bändigen.

Nach den starken Regenfällen Mitte Juni 2010 waren vor allem die Gemeinden Pinkafeld und Riedlingsdorf im Burgenland stark in Mitleidenschaft gezogen. Doch auch hier musste erst etwas passieren, bis etwas passiert. Nun macht man ernst mit dem Hochwasserschutz.

Geplant ist der Neubau der Pinkabrücke an der Buchschachener Straße im Osten von Riedlingsdorf. Diese war alt und stellte sich als gefährlich bei Hochwasser heraus. Durch den niedrigen Querschnitt staute sich Wasser und Treibgut. Bis Herbst soll die Fertigstellung der neuen Brücke erfolgt sein, sagt Ortschef Erwin Kaipel. Parallel dazu werden auch Schutzdämme für danebenliegende Wohngebiete errichtet. Mit rund zwei Millionen Euro ist das Gesamtprojekt budgetiert.

Hochwasserschutzbecken soll Wassermassen regulieren

Zuerst muss aber noch das flussaufwärts gelegene Pinkafeld seine Schutzmaßnahmen umsetzen. Im Bereich von Pinkafeld-Nord, zwischen Pinka und Flugplatz, soll ein Hochwasserschutzbecken errichtet werden. An der höchsten Stelle wird das acht Meter hoch sein. Das Becken soll die Wassermassen vom Wechsel solange auffangen, bis sie geregelt abfließen können. "Die Pläne sind fertig, wenn alles gut geht, können wir 2011 mit dem Bau beginnen", hofft Bürgermeister Kurt Maczek.

Das Projekt soll fünf Millionen Euro kosten. Die Finanzierung übernimmt zu 20 Prozent die Gemeinde und das Land sowie zu 60 Prozent der Bund. Die Gemeinde wird aber in der ersten Phase vorfinanzieren müssen.

Veröffentlicht: 07. Juli 2010

Autor: Isabel Bairamijamal

Quelle: Redaktion, kurier.at

Rubriken: [Burgenland](#) [Infrastruktur](#) [Nachrichten](#) [Umwelt](#) [Wissen](#)

weitere Information(en) zu diesem Thema:

Titel	Typ	Datum
Was tun bei "Stromausfall in der Gemeinde"?	Artikel	01.07.2010
Hochwasser: Wie im Ernstfall richtig reagieren?	Artikel	11.06.2010
18 Millionen für Hochwasserschutz in Ybbs	Artikel	07.01.2009
Gemeinden erhalten Zuschuss für Hochwasserschutz-Projekte	Artikel	16.06.2008
Hochwasserschutz: Verbände können sich landesweit austauschen	Artikel	13.12.2007

Kongress: Winterdienst modernisieren, Feinstaub reduzieren



Gemeinden sollen mithelfen, die Feinstaubbelastung zu reduzieren.

Der Winterdienst und insbesondere die dazu eingesetzten Auftau- und Streumittel nehmen wesentlich Einfluss auf die lokale Luftthygiene. Mit welchen Maßnahmen Gemeinden zu einer Verringerung der Feinstaubbelastung beitragen können, erfahren sie beim Kongress am 30. September und 1. Oktober 2010 in Lienz.

Durch das EU-Life Projekt CMA+ in den Städten Klagenfurt, Bruneck (Südtirol) und Lienz, soll eine messbare Verringerung der Umweltbelastung erreicht werden. Seit 2009 läuft das Projekt, das voraussichtlich bis Ende 2012 dauert. Einen Teil davon fördert die EU. Um dieses Projekt auch den Gemeinden im In- und Ausland näher zu bringen, findet von 30. September bis 1. Oktober der erste Internationale Kongress zum Thema "Innovativer Winterdienst - Feinstaubreduktion" in Lienz (Tirol) statt.

Das Programm bietet neben vier Themenblöcken mit Fachvorträgen auch Indoor- und Outdoor-Ausstellungsbereiche sowie Praxisvorführungen im Stationsbetrieb und Fahrzeugpräsentationen an. Ziel dieser Veranstaltung ist es, einem interessierten Publikum die Erfahrungen aus der Umsetzung des EU-Life Projektes CMA+ zu vermitteln und mit Experten und Anwendern aus dem Sektor des kommunalen Straßen- und Winterdienstes zu erörtern und zu diskutieren.

Termin	30. September bis 1. Oktober 2010
Ort	Lienz, Tirol
Inhalte	Kongress mit vier Themenblöcken, Fachvorträgen, Indoor- und Outdoor-Ausstellungsbereich, Praxisvorführungen im Stationsbetrieb, Fahrzeugpräsentationen, Diskussion
Zielgruppe	Bürgermeister/innen, Abteilungsleiter/innen der Umweltausschüssen, Leiter/innen städtischer Wirtschaftsbetriebe, Straßenmeistereien, Winterdienststellen, politische Ressortzuständige, Mitarbeiter/innen der Landesverwaltungen etc.
Anmeldung	online
Kosten	Seminarteilnehmer € 170 Frühbucher € 130 (bis 30. Juni 2010) Studenten € 85
Informationen & Auskünfte	Projektpartner ohne Beitragsverrechnung Stadtgemeinde Lienz, Abteilung Umwelt und Schutz Hauptplatz 7 9900 Lienz, Österreich Tel.: 04852/600-520 E-mail: umwelt@stadt-lienz.at Ansprechpersonen: Mag. (FH) Oskar Januschke, Michael Moritz, Claudia Stefan-Möst
Zimmerreservierungen & Lienz-Info	Nach Anmeldung zum Kongress nimmt der TVB-Lienzer Dolomiten gerne Kontakt mit Ihnen auf und bemüht sich um ihre Zimmerreservierung.



Best-Practice-Beispiel VS Seekirchen
(pdf, 504 KB)

Veröffentlicht: 07. Juli 2010

Autor: Marlies Nadlinger

Quelle: Redaktion

weitere Information(en) zu diesem Thema:

Titel	Typ	Datum
Mehr zum Projekt EU Life Projekt CMA+	Link	
Informationen über Feinstaub	Link	
Wer braucht einen Müllwagen?	Artikel	12.04.2010
Präzise Wetterprognosen für Ihren Winterdienst	Artikel	30.11.2009
Broschüre über umweltfreundlichen Winterdienst veröffentlicht	Artikel	30.12.2008